

BERLIN AKTUELL

Ausgabe 163
15. Dezember 2017

EINWURF



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und so fanden in dieser Woche die letzten Sitzungstage des Bundestages vor dem Weihnachtsfest statt. Eine Übersicht über die wichtigsten Beschlüsse sowie die in dieser Woche gestarteten Gespräche zu einer möglichen Regierungsbildung mit der SPD finden Sie auf Seite 2. Auch wenn die kommenden Wochen

und Monate sicherlich ebenso spannend werden wie die vergangenen und große Herausforderungen auf uns warten, ist nun erstmal Zeit, zur Ruhe zu kommen und dieses ereignisreiche Jahr zu reflektieren.

In diesem Sinne wünschen mein Team und ich Ihnen und Ihren Familien ein ge-

segnetes und besinnliches Weihnachtsfest sowie alles Gute, viel Glück und Gesundheit im neuen Jahr 2018!

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

BERLIN I

Erste Gespräche mit der SPD zur Regierungsbildung

Nachdem der SPD-Parteitag in der vergangenen Woche nach langem Hin und Her grünes Licht für Verhandlungen mit der Union gegeben hat, trafen sich in dieser Woche die Partei- und Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD zu einem ersten Gespräch.

Für uns als Union steht fest, dass wir schnellstmöglich die Sondierungsgespräche mit der SPD beginnen wollen. Eine weitere monatelange Hängepartie kann sich Deutschland nicht leisten. Aussagen wie jene von SPD-General Klingbeil, wonach sich eine Regierungsbildung noch bis März oder April hinziehen könnte, lassen mich daher auch verwundert zurück. Die SPD muss sich schnellstmöglich klar werden, ob sie regieren möchte oder nicht.

Die Union wird auch im neuen Jahr dafür arbeiten, dass Deutschland zügig eine stabile Regierung bekommt.

BERLIN II

Bundestag verbessert Opferschutz

Einstimmig wurde in dieser Woche ein fraktionsübergreifender Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zur Verbesserung der Opferentschädigungen beschlossen. Im Nachgang zu dem schrecklichen Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz vor einem Jahr wurde deutlich, dass es hinsichtlich der Unterstützung für Betroffene und Hinterbliebene eines Terroranschlages in Deutschland einige Defizite gibt.

Mit dem Beschluss fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, zentrale Anlaufstellen für die Opfer auf Bundes- und Landesebene zu etablieren, die sie sowohl bei der Geltendmachung ihrer Leistungsansprüche unterstützen als auch einen unbürokratischen Zugang zu Sofortmaßnahmen, einschließlich der psychologischen Versorgung, sicherstellen. Zudem sind wir der Ansicht, dass auch die Höhe des Schmerzensgeldes überprüft werden und die entsprechenden Leistungen unabhängig von der Nationalität der Opfer ausgezahlt werden sollten. Mit dem Beschluss ist die Bundesregierung nun gefordert, entsprechende Umsetzungsvorschläge zu erarbeiten.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71883
Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

BERLIN III

Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert

Der Bundestag hat in dieser Sitzungswoche weitere sieben Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert.

Konkret handelt es sich dabei um die NATO-Missionen im Mittelmeer und in Afghanistan, die VN-Friedensmissionen in Mali, Darfur und im Südsudan sowie die Beteiligung an der Internationalen Koalition gegen den IS, welche auch eine Ausbildungsmission im Irak beinhaltet.

BERLIN IV

Debatte über Diätenanpassung

Reichlich Aufregung gab es in dieser Woche um den Beschluss des Bundestages zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung. Der Vorwurf einer großen deutschen Tageszeitung lautete, dass die Diäten heimlich jedes Jahr erhöht werden sollen. Da mich zu diesem Thema eine Reihe von Zuschriften erreicht haben, möchte ich die Gelegenheit nutzen und einige Missverständnisse ausräumen.

Das nun beschlossene Verfahren zur Diätenanpassung wurde dem Bundestag von einer unabhängigen Expertenkommission empfohlen und bereits in der letzten Legislatur angewendet. Die Regelung sieht vor, dass die Diäten an die allgemeine Lohnentwicklung in Deutschland gekoppelt werden. Das bedeutet: Die Diäten steigen nur dann, wenn auch die Gehälter in Deutschland steigen. Sinken die Löhne, gilt dies selbstredend auch für die Abgeordnetenentschädigungen. Es findet also gerade keine automatische Diätenerhöhung statt. Gleichzeitig sieht die Regelung vor, dass jeder neu gewählte Bundestag innerhalb von drei Monaten entscheiden muss, ob er diese Vorgehensweise weiter anwenden möchte. Dies machte die neuerliche Abstimmung notwendig und auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion fand auch eine Debatte hierzu statt. Von einer heimlichen Diätenerhöhung kann daher nicht die Rede sein. Die Abgeordneten sind laut Bundesverfassungsgericht dazu verpflichtet, selbst über die Höhe ihrer Diäten zu bestimmen. Dabei können wir wohl keine Lösung finden, mit der alle Bürgerinnen und Bürger einverstanden sind. Aus diesem Grund wurde in der vorvergangenen Legislaturperiode die bereits erwähnte unabhängige Expertenkommission eingesetzt. Als Orientierungsgröße für die Höhe der Abgeordnetenentschädigung gilt übrigens die Besoldung eines Richters an einem Bundesgericht. Das ist meiner Ansicht nach angemessen, sachgerecht und transparent.

WAHLKREIS I

A1 - Druck auf Wissing führt zu Ergebnis

Rund zwei Jahre nach dem letzten Zusammentreffen fand am 27. November ein weiteres Forum zum Lückenschluss der A1 statt. TechniSat hatte sein Kunden- und Logistikcenter Daun für die Veranstaltung zur Verfügung gestellt. Das Thema stieß auf überwältigendes Interesse. Mehr als 250 Besucher waren



der Einladung der Industrie- und Handelskammern Trier, Koblenz und Aachen gefolgt, darunter die Landräte Heinz-Peter Thiel und Gregor Eibes, die Landtagsabgeordneten Alex Licht und Gordon Schnieder sowie der ehemalige Bundestagsabgeordnete Peter Rauen und zahlreiche Bürgermeister umliegender Ortsgemeinden, Vertreter von Wirtschaftsvereinigungen und der Zukunftsinitiative Eifel. Auch die übrigen Parteien waren vertreten. Vermisst wurden lediglich Abgeordnete der SPD, die zum wiederholten Male nicht teilnahmen.

Für das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium waren Staatssekretär Andy Becht und die Leiterin des Landesbetriebs Mobilität (LBM), Edeltrud Bayer, angereist.

Becht und Bayer schilderten den aktuellen Sachstand des Planungsverfahrens und waren bemüht, den Anwesenden den Eindruck zu vermitteln, dass der A1-Lückenschluss mit großer Geschwindigkeit vorangetrieben werde. Das Ausbleiben von Fortschritten seit dem Amtsantritt von Verkehrsminister Volker Wissing begründeten sie mit den anspruchsvollen Naturschutzgesetzen in Deutschland. Dabei ließen sie jedoch außer Acht, dass die Umweltgesetze überall in Deutschland dieselben sind. In den letzten zehn Jahren wurden in Deutschland mehr als 1.000 Kilometer Autobahn gebaut. Wieso sollte der Bau von 10,5 Kilometern Straße ausgerechnet in Rheinland-Pfalz so viel schwieriger sein als in allen anderen Bundesländern? Im Laufe der Veranstaltung verfestigte sich der Eindruck, dass die Landesregierung das Umweltschutzrecht benutzt, um offensiv von den eigenen Versäumnissen abzulenken.

Den wirklich interessanten Fragen ist Becht ausgewichen: Wann wird der A1-Lückenschluss voraussichtlich für den Verkehr freigegeben? Becht hüllte sich in verdächtiges Schweigen. Dabei wäre es eine Gelegenheit gewesen, den anwesenden Unternehmern reinen Wein einzuschenken. Verkehrsminister Wissing suggeriert, dass die Fertigstellung der A1 in greifbarer Nähe sei. Experten gehen jedoch davon aus, dass die Fertigstellung frühestens 2027 erfolgen wird. Ein Zeithorizont, in dem voraussichtlich weder Wissing noch Becht noch im Amt sein werden und Verantwortung für die enorme Verzögerung übernehmen müssen.

Eine weitere Frage ist die der Kosten: Wird der Lückenschluss nochmals teurer? Zunächst sollte der rheinland-pfälzische Abschnitt 148,7 Mio. Euro kosten. 2014 hieß es, die Kosten betragen mittlerweile 204,9 Mio. Euro. Und nun? Verzögerungen haben in der Regel Mehrkosten und Baupreissteigerungen zur Folge, die die Kosten von verschleppten Projekten signifikant nach oben treiben. Wie teuer wird der Abschnitt zwischen Adenau und Kelberg für den deutschen Steuerzahler am Ende? Auch auf diese Frage blieb Becht eine Antwort schuldig. Vertrauen schafft Verkehrsminister Wissing so jedenfalls nicht.

Auch wenn durch den jahrelangen Druck aller Beteiligten auf die Landesregierung erreicht werden konnte, dass zumindest die ersten Vorentwürfe an die rheinland-pfälzische Planfeststellungsbehörde übermittelt wurden, bleibt das Grundproblem bestehen: Fortschritte gibt es in der rheinland-pfälzischen Verkehrspolitik immer nur unter öffentlichem Druck, nie aus Eigenantrieb. Daran hat auch der Wechsel zu einem FDP-Verkehrsminister nichts geändert.



WAHLKREIS II

Zu Besuch bei den Miniköchchen auf der Manderscheider Burgenweihnacht



Foto: Stephan Kohler

Am ersten Adventswochenende fand die Burgenweihnacht in Manderscheid statt. Mit dabei waren diesmal auch die Europa-Miniköche Eifel. Der Erlös aus dem Verkauf der selbst gekochten Kürbissuppe ging an Kinder in Not. So sorgten die Miniköche nicht nur für gut gefüllte Mägen, sondern auch für einen stolzen Schirmherrn.

WAHLKREIS III

Austausch über Pflege im Regina-Protmann-Stift



Foto: Schnieder

Gemeinsam mit der CDU Vulkaneifel und ihrem Vorsitzenden Gordon Schnieder MdL habe ich in der vergangenen Woche das Regina-Protmann-Stift in Kelberg besucht. Im Gespräch ging's um die Bedingungen in den Pflegeheimen sowie bei der Pflegeausbildung und den Fachkräftemangel in der Branche.

WAHLKREIS IV

Kamingespräch auf Einladung der CDU Bitburg



Foto: CDU Bitburg

Gestern traf ich mich auf Einladung ihres Vorsitzenden Andreas Gersten mit den Mitgliedern des CDU Stadtverbandes Bitburg und mit interessierten Bürgern, um über die aktuelle politische Situation in Deutschland und die Möglichkeiten einer Regierungsbildung zu diskutieren. Vielen Dank für das gute Gespräch!